

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 35. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 27. September 2012

1. Abgeordnete
Astrid Schmitt,
Bettina Brück,
Benedikt Oster,
Malu Dreyer und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)

Moselschleusen

Nachdem Bundesminister Dr. Ramsauer entgegen früherer Ankündigungen des Bundesverkehrsministeriums den weiteren Ausbau der Moselschleusen in Frage gestellt hat, haben die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster und Patrick Schnieder laut einer Presseberichterstattung des SWR vom 12. September 2012 nach einem Gespräch mit Bundesminister Dr. Ramsauer behauptet, dass im kommenden Jahr durch Haushaltsumschichtungen die Einrichtung der zweiten Schleusenkammer in Trier und damit der Weiterbau geplant sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Woraus ergibt sich die Dringlichkeit des Schleusenausbaus an der Mosel und welcher Zeithorizont lag den Planungen bisher zugrunde?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung für eine Beschleunigung des Ausbaus ergriffen?
3. Welche verbindliche Zusage des Bundesverkehrsministers liegt der Landesregierung vor?

2. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)

Auftrag der Wirtschaftsministerin für ein Gutachten zur Zukunft des Flughafens Hahn

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hat am 6. September 2012 in einer Presseerklärung mitgeteilt, sie wolle umgehend ein Gutachten über die Zukunftschancen des Flughafens Hahn in Auftrag geben.

Hierzu frage ich die Landesregierung:

1. Mit welcher Fragestellung hat die Wirtschaftsministerin ein Gutachten über die Zukunftschancen des Flughafens Hahn bereits in Auftrag gegeben bzw. wird sie zu welchem Zeitpunkt in Auftrag geben?
2. Welche sachverständigen Personen bzw. Institutionen sollen dieses Gutachten erstellen?
3. Welche konkreten Zweifel an oder welche offenen Fragen zu den Zukunftschancen des Flughafens Hahn waren oder sind Anlass und Motiv der Wirtschaftsministerin für die Vergabe eines solchen Gutachtenauftrages?
4. Welche Abstimmung mit Blick auf die Ressortkompetenzen für den Flughafen Hahn hat es in der Landesregierung für die Vergabe dieses Gutachtenauftrages gegeben?

3. Abgeordneter

Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklung der prekären Beschäftigungsverhältnisse in Rheinland-Pfalz

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen in unserer modernen Arbeitswelt zu. Sie sind gekennzeichnet durch niedrige Löhne, befristete Dauer, mangelnde Absicherung durch die Sozialversicherung und geringen arbeitsrechtlichen Schutz. Diese Entwicklung ist eng mit der Abnahme von sogenannten Normalarbeitsplätzen zu Gunsten atypischer Arbeitsverhältnisse verknüpft.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die aktuelle und prognostizierte Entwicklung der Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Rheinland-Pfalz dar?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung prekärer Beschäftigung?
3. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, dem Phänomen zunehmender prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu begegnen?
4. Welche Maßnahmen zur Reduzierung prekärer Beschäftigung und zur Förderung von guter Arbeit gibt es in Rheinland-Pfalz?

4. Abgeordnete

**Guido Ernst und
Martin Brandl (CDU)**

Kooperation von Ganztagschulen und Sportvereinen in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler in den letzten fünf Jahren entwickelt, die ein Ganztagsangebot in Rheinland-Pfalz in Anspruch nehmen?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Ergebnis der Studie des Landessportbundes, dass nicht Sportvereine, sondern vornehmlich Privatpersonen Kooperationspartner von Ganztagschulen sind?
3. Inwieweit wird die Landesregierung auf das Ergebnis der Studie reagieren, dass Sportvereine die Auswirkungen der Ganztagschule auf das ehrenamtliche Engagement skeptisch betrachten?
4. Inwieweit erwägt die Landesregierung eine Flexibilisierung des Systems der Ganztagschule, sodass auch dauerhaft ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen und Schülern möglich bleibt?

5. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp**
(SPD)

Niedriglohnsektor

Einer aktuellen Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor gestiegen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklungen?
2. Wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Entwicklung ist in den letzten Jahren erkennbar?
4. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung, einer weiteren Ausweitung im Niedriglohnsektor entgegenzuwirken?

6. Abgeordneter

Dr. Peter Enders (CDU)

Lehrstuhl für Allgemeinmedizin in Mainz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche gesundheitspolitische Bedeutung hat ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin aus Sicht der Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Vertreterversammlung der Landesärztekammer jetzt erneut die Einrichtung eines solchen Lehrstuhls in Rheinland-Pfalz gefordert hat?
2. Welche Folgen hat die Forderung der Landesärztekammer an die Landesregierung, sich verstärkt für eine zeitnahe Etablierung eines allgemeinmedizinischen Lehrstuhls einzusetzen, für das Handeln der Landesregierung?
3. Warum ist es im Zuge der Umsetzung des Masterplans zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung bisher nicht gelungen, einen solchen Lehrstuhl in Rheinland-Pfalz einzurichten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation in Rheinland-Pfalz gegenüber der in den anderen Bundesländern?

7. Abgeordnete

**Nils Wiechmann und
Stephanie Nabinger**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stationierung und Modernisierung von US-Atomwaffen in Büchel

Laut Medienberichten der letzten Wochen hat die Bundesregierung ihr Versprechen, sich für den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen, aufgegeben und stattdessen eingewilligt, dass die hier gelagerten amerikanischen Waffen sogar mit hohem finanziellen Aufwand modernisiert werden. Der vermutlich einzige Standort in Deutschland, an dem sich noch Atomwaffen befinden, ist der Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Nach Expertenangaben lagern in den Bunkern des Standortes Büchel noch 20 US-Atomwaffen des Typs B 61. Dieser Bombentyp hat eine maximale Sprengkraft von 340 Kilotonnen TNT, das entspricht etwa dem 26-fachen der Hiroshima-Bombe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung dazu vor, dass die in Büchel gelagerten Atomwaffen nicht abgezogen werden sollen, sondern stattdessen modernisiert und damit auf nicht absehbare Zeit in Rheinland-Pfalz verbleiben werden?
2. Wurde die Landesregierung über den Kurswechsel der Bundesregierung unterrichtet?
3. Wie verträgt sich dies mit der Haltung der Landesregierung gegenüber Atomwaffen?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich weiterhin für den Abzug der Nuklearwaffen aus Rheinland-Pfalz einzusetzen?

8. Abgeordnete

**Thorsten Wehner,
Kathrin Anklam-Trapp
und Marcel Hürter** (SPD)

Antibiotika-Abgabe und Antibiotika-Einsatz in Landwirtschaft und Tiermedizin

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat erstmals Zahlen der Antibiotika-Abgabe in der Tiermedizin veröffentlicht. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltorganisation für Tiergesundheit in der Verwendung als eher kritisch eingestuften Antibiotika wie Fluorchinolone und Cephalosporine der 3. und 4. Generation werden in der Tiermedizin eher selten eingesetzt und betragen weniger als ein Prozent. Diese Wirkstoffe sind als Reserveantibiotika für die Humanmedizin von Bedeutung. Die DIMDI-Arzneimittelverordnung vom 24. Februar 2010 legt fest, wie die Erfassung der Gesamtmenge der abgegebenen Stoffe mit mikrobieller Wirkung an Tierärzte in Deutschland jährlich zu erfolgen hat. Dies ist für das Jahr 2011 erfolgt. Ein direkter Zusammenhang zwischen den Abgabemengen und der Behandlungshäufigkeit einzelner Tierarten lässt sich jedoch bislang nicht herstellen. Insgesamt wurden im Jahr 2011 in der Tierhaltung mehr als doppelt so viele Antibiotika eingesetzt als von der Bundesregierung angenommen. Antibiotika dürfen nur zur Behandlung kranker Tiere eingesetzt werden. Eine verantwortungsbewusste, differenzierende und sachliche Debatte ist weiter notwendig.

Wir fragen die Landesregierung im Hinblick auf die Situation in Rheinland-Pfalz:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass durch den Bund bislang keine Aufschlüsselung der Daten nach Tierarten (Lebensmittel liefernde Tiere und Hobbytiere) erfolgt?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Notwendigkeit von weiterer Transparenz bei der Antibiotika-Abgabe in der Tiermedizin auch im Hinblick auf eine Eindämmung von Antibiotika-Resistenzen?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Risiko im Land, dass Rückstände, die Tiere nach der Anwendung ausscheiden, in Boden, Gewässer und das Grundwasser gelangen können, etwa auch beim Ausbringen von Gülle?
4. Hält die Landesregierung die Schaffung einer neuen bundesweiten Datenbank für sinnvoll und zielgerichtet, um den Länderbehörden einen besseren Kenntnisstand beim Tiermedikamenteneinsatz in der Tiermedizin zu verschaffen oder auch im Hinblick auf eine verbesserte Kontrolle?

**9. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)****Stand der Interessenbekundungen für den Erwerb von Anteilen an der Flughafen Hahn GmbH**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Stand hat das von der Landesregierung angekündigte Verfahren zur Gewinnung privater Anteilseigner und Investoren für die Flughafen Hahn GmbH bis heute erreicht?
2. In welcher Zeitperspektive und mit welchen konkreten Schritten soll das Verfahren zum Abschluss gebracht werden?
3. Wie viele potenzielle Investoren haben an die Flughafen Hahn GmbH oder die Landesregierung in Verbindung mit einer Bekundung ihres grundsätzlichen Interesses Fragen zu den Konditionen und Perspektiven einer möglichen Beteiligung gestellt?
4. Welche Konditionen und welche Perspektiven einer möglichen Beteiligung, die die Landesregierung für unverzichtbar oder schwer verhandelbar hält, haben sich im Zuge solcher Sondierungen oder Gespräche als hinderlich oder ungünstig für eine Beteiligung von privaten Investoren erwiesen?

**10. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Marion Schneid (CDU)****Bilanz Realschule plus – Drei Jahre nach der Einführung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. An wie viel Prozent der Realschulen plus bzw. der Realschulen plus und ihrer Vorgängerschulen hat sich die Anmeldezahl in den vergangenen drei Jahren verringert?
2. Wie hat sich der strukturelle und temporäre Unterrichtsausfall an den Realschulen plus in den ersten drei Jahren ihres Bestehens entwickelt?
3. Wie geht die Landesregierung mit der Kritik von Eltern, Lehrerverbänden und Unternehmen um, dass an Realschulen plus ein inhaltlicher Qualitätsverlust spürbar sei?
4. Welches Konzept verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der kleinen Realschulen plus, die mittelfristig aufgrund sinkender Schülerzahlen nicht die Dreizügigkeit erreichen werden?

**11. Abgeordnete
Frank Puchtler und
Thomas Wansch (SPD)****Europäische Bankenunion**

Als ein wesentlicher Bestandteil der Bewältigung der Krise im Euro-Raum wird die Schaffung einer europäischen Bankenunion betrachtet. Über deren konkrete Gestaltung sind seit längerem kontroverse Diskussionen im Gange, die u. a. auch mit bestehenden Unterschieden der nationalen Bankensysteme im Zusammenhang stehen, deren Elemente sich als unterschiedlich krisenfest erwiesen haben.

Wir fragen die Landesregierung auch im Hinblick auf die Situation der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Rheinland-Pfalz:

1. Wie beurteilt die Landesregierung Planungen der EU-Kommission, alle europäischen Banken einer gemeinsamen Bankenaufsicht zu unterwerfen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Kritik der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken an diesen Plänen, besonders hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung und eines gemeinsamen europäischen Restrukturierungsfonds für alle Banken?
3. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung die Bewahrung des deutschen Bankenmodells und der tragenden Rolle, die Sparkassen und Genossenschaftsbanken darin spielen, mit den Notwendigkeiten einer Bankenunion vereinbar gemacht werden?
4. Welche weiteren Regulierungen des Bankensektors hält die Landesregierung im Sinne einer effektiven Vermeidung von Krisen, die von den Finanzmärkten ausgehen, für notwendig?

- 12. Abgeordnete**
Daniel Köbler und
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Zunehmender Fluglärm durch Ausbau des Frankfurter Flughafens und neue Flugrouten**
- Seit dem 20. September 2012 ist es möglich, schwerere Flugzeuge etwa der Typen Boeing 747 und Airbus A 380 bei Westwinden über die sogenannte Südumfliegung abzuwickeln.
1. Wie bewertet die Landesregierung die neuen Regelungen der „Südumfliegung“ mit Blick auf die Lärmbelästigung in Mainz und Rheinhessen?
 2. Wie hat sich die Anzahl der täglichen An- und Abflüge über rheinland-pfälzisches Gebiet seit Inbetriebnahme der neuen Start- und Landebahn am Flughafen Frankfurt entwickelt?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Lärmmessstationen in Mainz und Rheinhessen?
- 13. Abgeordneter**
Gerd Schreiner (CDU)
- Folgerungen der Landesregierung aus der PricewaterhouseCoopers-Studie „Stand und Perspektiven der öffentlichen Finanzen in den Bundesländern“**
- PricewaterhouseCoopers, eines der größten Wirtschaftsberatungsunternehmen, hat vor wenigen Tagen eine ausführliche Studie zur Lage der Finanzen von Ländern und Gemeinden vor dem Hintergrund der ab 2020 geltenden Schuldenbremse vorgelegt.
- Hierzu frage ich die Landesregierung:
1. Welche Folgerungen zieht die Landesregierung aus der Feststellung der aktuellen PwC-Studie, dass sich Rheinland-Pfalz künftig nur noch unmittelbare Ausgaben (abzüglich Ausgaben aufgrund nichtsteuerlicher unmittelbarer Einnahmen) auf deutlich niedrigerem Niveau als derzeit erlauben darf, wenn es ab 2020 die Schuldenbremse einhalten will?
 2. Welche Folgerungen zieht die Landesregierung aus der Feststellung der aktuellen PwC-Studie, dass bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von jährlich 1,5 % der Haushalt von Rheinland-Pfalz, ohne Zinsen und Versorgung, im Trend bis 2020 real schrumpfen muss, wenn die Schuldenbremse eingehalten werden soll?
 3. Welche Folgerungen zieht die Landesregierung vor diesem Hintergrund aus den Feststellungen der aktuellen PwC-Studie, dass die Leistungen des Landes an seine Kommunen weit unterdurchschnittlich bei gleichzeitig weit überdurchschnittlichem Schuldenstand der Kommunen sind?
 4. Wie beurteilt die Landesregierung angesichts der auch in der aktuellen PwC-Studie festgestellten überdurchschnittlichen Belastung des Landeshaushalts wie auch der Kommunalhaushalte mit Zinszahlungen das Risiko proportional wachsender Zinslasten, wenn sich die derzeit extrem niedrigen Zinssätze bis 2020 auf ein normales Niveau bewegen?
- 14. Abgeordnete**
Kathrin Anklam-Trapp
und Friederike Ebli (SPD)
- Apothekenproteste**
- Im Streit über ihre Honorare haben Apotheker in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland den Druck auf die Bundesregierung erhöht. Nach Auskunft der Apothekerverbände der drei Länder waren mehr als 4 000 Apotheken zum Warnstreik aufgerufen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklung?
 2. Wie war die Beteiligung rheinland-pfälzischer Apotheken bei diesem Warnstreik?
 3. Welche Auswirkungen sind damit für die Kundinnen und Kunden in Rheinland-Pfalz verbunden?
 4. Sieht die Landesregierung weiteren Handlungsbedarf?

15. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp
und Friederike Ebli (SPD)****Ärzteproteste**

Der Bewertungsausschuss auf Bundesebene hat die gesetzliche Aufgabe, einen einheitlichen Bewertungsmaßstab für die ärztlichen Leistungen zu vereinbaren. Hierzu zählt die Festlegung eines bundeseinheitlichen Punktwertes als Orientierungswert in Euro bis zum 31. August jedes Jahres. Können sich die Vertreterinnen und Vertreter der Ärztinnen und Ärzte sowie der Krankenkassen im Bewertungsausschuss nicht einigen, tritt der um unparteiische Mitglieder ergänzte erweiterte Bewertungsausschuss zusammen und setzt die Vereinbarung über den Bewertungsmaßstab mit Mehrheitsbeschluss fest.

Auf diese Weise wurde gegen die Stimmen der ärztlichen Vertreterinnen und Vertreter Ende August eine Anhebung des Orientierungspunktwertes für das Jahr 2013 um 0,9 % beschlossen, was zu heftigen Protesten auf Seiten der Ärztinnen und Ärzte geführt hat sowie zur Ankündigung von Protestaktionen bis hin zur Androhung einer temporären Einschränkung der Patientenversorgung durch niedergelassene Praxen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Faktoren sind für die Berechnung der ärztlichen Honorare neben dem Orientierungswert noch zu beachten?
2. Wie hat sich die Gesamtsumme der ärztlichen Honorare in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2007 entwickelt?
3. Welche Protestaktionen haben die KV Rheinland-Pfalz sowie rheinland-pfälzische Ärzteverbände und Ärztinnen und Ärzte angekündigt und wie werden diese von der Landesregierung in ihren Auswirkungen auf die Versorgung von Patientinnen und Patienten beurteilt?
4. Ist es zulässig, Patientinnen und Patienten zu ansonsten üblichen Praxisöffnungszeiten im Falle von Praxisschließungen auf die Bereitschaftsdienstzentralen (BDZ) zu verweisen?

16. Abgeordnete**Simone Huth-Haage und
Ellen Demuth (CDU)****„Offensive frühe Chance: Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten wurden in das Bundesprogramm aufgenommen?
2. Wie viele Stellen werden dadurch in rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten finanziert?
3. Wie hoch werden die Bundesmittel sein, die im Rahmen des Bundesprogramms „Offensive frühe Chance“ nach Rheinland-Pfalz fließen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Bundesprogramm „Offensive frühe Chance“ aus rheinland-pfälzischer Sicht?

17. Abgeordnete**Daniel Köbler und
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Umsetzung des Leipziger Bundesverwaltungsgerichtsurteils zu Nachtruhezeiten: Auswirkungen für Mainz und Rheinhessen**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Nachtflüge gab es seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (bitte aufgeschlüsselt zwischen 23 Uhr und 5 Uhr und den sogenannten „Nachtrandstunden“ von 5 bis 6 Uhr und 22 bis 23 Uhr darstellen)?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Bürgerinnen und Bürger weiterhin vor Lärm, insbesondere Fluglärm, zu schützen?
3. Nach Fluglärmschutzgesetz wurden auch um den Frankfurter Flughafen Lärmschutzbereiche ausgewiesen, die in Hessen bereits per Verordnung umgesetzt sind. Dabei reicht die Tagschutzzone 2 auf das Mainzer Stadtgebiet im Bereich Weisenau. Plant die Landesregierung eine Umsetzung per Verordnung? Wenn ja, plant die Landesregierung in diesem Zusammenhang, die Grundlagen der Berechnung der Lärmschutzbereiche um den Frankfurter Flughafen zu überprüfen?

18. Abgeordneter
Johannes Zehfuß (CDU)

Umweltpreisverleihung 2012

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei der Verleihung des Umweltpreises 2012 des Landes Rheinland-Pfalz auf der Präsentation zur Festrede das Logo von „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ abgebildet war?
2. Aus welchen Gründen wurde der diesjährige Redner ausgewählt?
3. Hat die Landesregierung die Präsentation in der gezeigten Form zuvor gekannt?
4. Inwieweit wird es Konsequenzen für die nächsten Umweltpreisverleihungen geben?

19. Abgeordnete
Marcus Klein und
Ellen Demuth (CDU)

Frauenanteil bei Landesgesellschaften

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Mitglieder in Aufsichtsgremien/Beiräten von Gesellschaften mit Landesbeteiligung werden insgesamt durch das Land entsandt? Wie viele davon sind weiblich?
2. Wie ist die Anzahl und der Anteil in den Aufsichtsgremien/Beiräten und Geschäftsführungen der einzelnen Gesellschaften (bitte nach Landesgesellschaften aufgeschlüsselt)?
3. Wie hat sich der Anteil der Frauen in Aufsichtsgremien/Beiräten im Betrachtungszeitraum der Beteiligungsberichte 2007 bis 2011 verändert?